

tage élevé des Non permettent de conclure que l'issue du scrutin ne peut ni ne doit être interprétée comme une déclaration d'hostilité à toute forme d'aide publique à la culture.

Le Conseil fédéral est-il prêt à confirmer:

1. Qu'il poursuivra comme avant – dans les limites précédemment admises en tout cas – les efforts entrepris jusqu'à ce jour afin de maintenir et promouvoir la diversité culturelle du pays;

2. Que le refus d'introduire un article sur la culture dans la Constitution fédérale ne saurait fournir au gouvernement une raison de limiter la participation financière de la Confédération à l'encouragement et à la promotion de la culture?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Blunschy, Bürer-Walensstadt, Butty, Camenzind, Cantieni, Columberg, Cotti Flavio, Darbellay, Dirren, Feigenwinter, Fischer-Sursee, Humbel, Iten, Keller, Kühne, Landolt, Nussbaumer, Ogi, Risi-Schwyz, Röthlin, Ruckstuhl, Rüttimann, Schmidhalter, Schneider-Luzern, Segmüller, Seiler, Stamm Judith, Wick, Ziegler (29)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 26. November 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 26 novembre 1986

1. Der Bundesrat wertet das Ergebnis der Volksabstimmung vom 28. September 1986 über Kulturinitiative und Gegenvorschlag nicht als Nein zur Kulturförderung des Bundes. Die Analyse der Ergebnisse im einzelnen sowie die Erklärungen der Gegner eines Kulturartikels lassen den Schluss zu, dass es nicht der Wille der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger war, einen Abbau des bisherigen Bundesengagements im Bereich der Kulturförderung herbeizuführen. Der Bundesrat wird auch in Zukunft seine Bemühungen zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Vielfalt des Landes zumindest im bisherigen Rahmen fortsetzen.

2. Im Verlauf der Meinungsbildung vor der Abstimmung haben gerade die Verfechter des zweifachen Neins wiederholt beteuert, dass sie auf keinen Fall einen Abbau des gegenwärtigen Bundesengagements im Bereich der Kulturförderung wollten. Im Gegenteil wurde mehrfach von dieser Seite erklärt, dass auch ohne Kulturartikel in der Bundesverfassung sogar ein massvoller, gezielter Ausbau dieser Hilfe möglich sei. Der Bundesrat hat diese eindeutigen Erklärungen zur Kenntnis genommen und wird seine bisherige Kulturpolitik im Sinne einer echt föderalistischen Ergänzung der Aktivitäten von Privaten, Gemeinden und Kantonen fortsetzen. Er hofft dabei, dass auch das Parlament diese Politik voll mittragen wird.

Le président: L'interpellant est satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.587

Interpellation Morf

Kulturinitiative.

Auswirkungen der Volksabstimmung

Initiative en faveur de la culture.

Conséquences du vote populaire

Wortlaut der Interpellation vom 1. Oktober 1986

Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus dem Ergebnis der Abstimmung über die Kulturinitiative?

Wie will er verhindern, dass bisher unbestrittene Bereiche der Kulturförderung Rückschläge zu erleiden haben?

Wie will er ohne Verfassungsgrundlage wirkungsvoll nationale Kulturaufgaben wahrnehmen?

Wird das Abstimmungsergebnis Auswirkungen auf die Ausen-Kulturpolitik haben – ein Gebiet, das ohnehin eher einem Entwicklungsland und nicht dem wirtschaftlichen Potential unseres Landes entspricht?

Auch wenn Sozialausgaben im Budget niemals als Kulturausgaben ausgewiesen werden dürfen – wie will der Bund nun z. B. für eine wirkungsvolle Zweite Säule für Kulturschaffende sorgen?

Texte de l'interpellation du 1er octobre 1986

Quels sont les enseignements que le Conseil fédéral tire du résultat de la votation sur l'initiative en faveur de la culture?

Comment compte-t-il s'y prendre dans le dessein d'empêcher que l'encouragement de la culture, dans des domaines qui n'étaient pas contestés jusqu'à présent, n'ait à souffrir de compressions fâcheuses?

Comment entend-il assurer efficacement, sans base constitutionnelle, des tâches nationales dans le domaine de la culture?

Le résultat de ce scrutin aura-t-il des effets sur notre politique extérieure en matière culturelle – domaine ou, de toute façon, nous sommes plutôt comparables à un pays en voie de développement car, sur ce plan-là, notre politique ne correspond nullement au potentiel économique de la Suisse.

Même si des dépenses de nature culturelle ne doivent en aucun cas figurer au budget, à la rubrique des dépenses à caractère social – comment le Conseil fédéral compte-t-il assurer désormais, aux travailleurs des branches culturelles, un «deuxième pilier» efficace?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Clivaz, Fankhauser, Friedli, Lanz, Leuenberger Moritz, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Robbiani, Ruffy, Stamm Walter, Stappung, Vannay, Weber-Arbon (17)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 26. November 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 26 novembre 1986

Der Bundesrat hat es immer bedauert, dass die Initiative nicht zugunsten des aussichtsreicheren Gegenvorschlags zurückgezogen wurde. Trotzdem hat das an sich voraussehbare Resultat in einzelnen Teilen positiv überrascht. Ein Anteil Ja-Stimmen von nahezu 40 Prozent für den Gegenvorschlag konnte nicht unbedingt erwartet werden; ausserdem liegt die Summe der insgesamt für einen Kulturartikel abgegebenen Ja-Stimmen bei über 55 Prozent. Dieses Ergebnis lässt daher den Schluss zu, dass Volk und Stände keinen Abbau des bisherigen Bundesengagements im Bereich der Kulturförderung wollten.

Der Bundesrat wird die bisher unbestrittenen Bereiche der Kulturförderung mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt weiter pflegen. Er hofft dabei, dass auch das Parlament diese Politik voll mittragen wird.

Der Bund verfügt in den Bereichen des Films, des Natur- und Heimatschutzes, der Schweizerschulen im Ausland sowie des Kulturgüterschutzes, ferner im Bereich von Turnen und Sport über ausdrückliche kulturelle Verfassungsbestimmungen. Ausserdem war er seit jeher für die Kulturförderung auch in den Bereichen, wo dies nicht ausdrücklich zugestanden wird, stillschweigend kompetent. Es galt bisher als unbestritten, dass Aufgaben von eindeutig nationaler Ausrichtung die Hilfe des Bundes erfordern. Der grundsätzliche Vorrang der Kantone in der Kulturförderung wird dadurch nicht geschmälert. Indem der Bund Aufgaben von nationaler Bedeutung und Ausrichtung erfüllt, respektiert er in echt föderalistischer Weise das Prinzip der Subsidiarität und ergänzt wirksam die Anstrengungen von Privaten,

Gemeinden und Kantonen. Der Bundesrat ist gewillt, diese Tradition fortzusetzen.

Das Abstimmungsergebnis wird keine Auswirkungen auf die kulturellen Aussenbeziehungen haben, da der Bund kraft seiner Zuständigkeit in auswärtigen Angelegenheiten eine Aufgabe zu erfüllen hat.

Die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden bildet vor allem ein sozial- und erst in zweiter Linie ein kulturpolitisches Anliegen. Neben verschiedenen bescheidenen Vorsorgeeinrichtungen von Künstlerorganisationen besteht seit 1984 eine Stiftung unter der Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung mit dem Zweck, Kulturschaffenden zumindest die berufliche Vorsorge gemäss dem Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) zu ermöglichen. Die Bundesverwaltung prüft gegenwärtig in Kontakt mit den Betroffenen, ob und in welcher Form allenfalls eine Bundeshilfe möglich wäre. Der Bund kann allerdings im Rahmen des BVG zu keinen finanziellen Leistungen verpflichtet werden.

Le président: L'interpellatrice n'est que partiellement satisfaite de la réponse du Conseil fédéral.

86.567

Interpellation Renschler

Staatsunabhängigkeit von Radio und Fernsehen

Autonomie de la radio et de la télévision

Wortlaut der Interpellation vom 23. September 1986

Im Zusammenhang mit den im August vom EJPD bekanntgegebenen Plänen, im November 1986 durch die Abteilung Presse und Funkspruch (APF), die Medien-Truppe des Bundesrates, eigene Radio- und erstmals eigene Fernsehprogramme auszustrahlen, frage ich den Bundesrat an,

1. ob er nicht auch der Meinung ist, dass Behörden und Amtsstellen des Bundes grundsätzlich darauf verzichten sollen, eigene Radio- und Fernsehprogramme auszustrahlen (oder Zeitungen zu verbreiten), weil dadurch der verfassungsmässige Grundsatz der Staatsunabhängigkeit der Medien verletzt wird;

2. ob konsequenterweise – analog zum APF-Fernsehen und -Radio – nicht anderen Behörden, auch von Kantonen und Gemeinden, ebenfalls das Recht zur Ausstrahlung eigener Programme eingeräumt werden müsste, wenn diese ein ebenso grosses Informationsbedürfnis wie die APF geltend machen können;

3. ob die SRG durch ihr Einverständnis mit der Ausstrahlung von APF-Programmen auf den ihr zugeteilten Frequenzen nicht ihre Konzession verletzt;

4. ob nicht die Gefahr besteht, dass durch die Ausstrahlung von Informationssendungen durch die APF beim Publikum Verwirrung entstehen wird, weil der Eindruck erweckt wird, es herrsche eine ausserordentliche Lage oder gar eine Krisensituation, wenn zum Beispiel TV-Sprecher in Uniform auftreten;

5. ob er bereit ist, die APF anzuweisen, zum Schutz des Grundsatzes der Staatsunabhängigkeit, zum Schutz weiterer Rechtsgüter (Trennung von Programmveranstalter und Aufsichtsbehörde) und zur Respektierung geltender Rechtsvorschriften (SRG-Konzession, APF-Verordnung), auf die Ausstrahlung eigener Programme zu verzichten.

Texte de l'interpellation du 23 septembre 1986

En relation avec les plans publiés au mois d'août par le DFJP, annonçant que la Division Presse et Radio (DIPRA),

autrement dit la troupe d'information du gouvernement, se préparait à émettre, en novembre de cette année, ses propres programmes radiophoniques et même télévisés (une première), je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. N'estime-t-il pas lui aussi que des autorités et des services officiels de la Confédération doivent renoncer d'office à émettre leurs propres programmes de radiodiffusion et de télévision (ou à diffuser des journaux) parce que, de ce fait, le principe constitutionnel de l'indépendance des médias par rapport à l'Etat est violé?

2. Est-ce que, par voie de conséquence, il ne faudrait pas octroyer également – comme c'est le cas pour la télévision et la radio de la DIPRA – à d'autres autorités encore (celles des cantons et des communes), le droit d'émettre leurs propres programmes si ces dernières peuvent faire la preuve que leur besoin d'informer est aussi impérieux que celui qui est ressenti par la DIPRA?

3. En donnant son accord en vue de permettre la diffusion de programmes DIPRA sur les fréquences à elle attribuées, la SSR ne lèse-t-elle pas sa concession?

4. Ne court-on pas le risque qu'en diffusant des programmes d'information, la DIPRA ne jette le trouble et la confusion dans le public, parce qu'on donnera l'impression que prévaut une situation extraordinaire, voire une situation de crise, quand par exemple des présentateurs apparaîtront en uniforme militaire sur l'écran de la TV?

5. Le Conseil fédéral est-il prêt à donner pour instruction à la DIPRA de renoncer à diffuser ses propres programmes, afin de protéger le principe de l'indépendance envers l'Etat ainsi que d'autres biens juridiques (séparation à sauvegarder entre organisateurs de programmes et autorité de surveillance) et de respecter des dispositions légales en vigueur (concession de la SSR, ordonnance applicable au service de la DIPRA)?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Euler, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Stappung (5)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

APF-Programme können nur öffentlich ausgestrahlt werden, wenn entweder die SRG auf einen Teil ihrer Konzession verzichtet oder wenn der APF eine eigene Konzession erteilt wird. Beides ist aus politischen und rechtlichen Gründen unmöglich.

Der Staat darf nicht gleichzeitig die Informationstätigkeit und die Informationsverbreitung kontrollieren. Dies ergibt sich aus der Meinungsäusserungsfreiheit. Bei Radio und Fernsehen schreibt die Bundesverfassung im 1984 von Volk und Ständen angenommenen Artikel 55bis klar vor: «Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie die Autonomie in der Gestaltung von Programmen sind gewährleistet.» Diese Verfassungsbestimmung wird verletzt, wenn die APF in eigener Verantwortung Programme ausstrahlt.

Der Auftrag der APF, Informationsbeschaffung und -Sicherstellung im Ernstfall zu üben, beinhaltet in keiner Weise die Notwendigkeit, Programme öffentlich zu verbreiten. Das APF-Projekt verstösst zudem gegen die SRG-Konzession. Die SRG könnte allenfalls APF-Programme in eigener Verantwortung, aber unter Ausschluss jeglicher Verpflichtungen übernehmen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 26. November 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 26 novembre 1986

1. Der Bundesrat teilt die Auffassung des Interpellanten so weit, als es nicht Aufgabe von Bundesbehörden sein kann, dauernd durch Medienerzeugnisse universellen Inhalts mit den privaten Medienunternehmen in Konkurrenz zu treten. Dafür fehlt nicht nur eine Rechtsgrundlage. In Frage gestellt wäre durch ein solches Verhalten auch der Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns. Schliesslich würde der Versuch einer systematischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Staatsmedien zudem die Meinungs- und Pressefreiheit als institutionelle Garantie verletzen.

Interpellation Morf Kulturinitiative. Auswirkungen der Volksabstimmung

Interpellation Morf Initiative en faveur de la culture. Conséquences du vote populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.587
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2057-2058
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 059

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.